

Ressort: Auto/Motor

SPD wirft Merkel in Diesel-Krise Führungsversagen vor

Berlin, 30.07.2017, 10:09 Uhr

GDN - Der Sprecher des Seeheimer Kreises in der SPD, Johannes Kahrs, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) scharf dafür kritisiert, dass sie nicht am Diesel-Gipfel am kommenden Mittwoch teilnimmt. "Dass Merkel sich bei den Themen Europa, Rente und Flüchtlingen wegduckt, ist schon schlimm genug, dass sie es nun auch beim Dieselskandal tut, zeigt, dass sie nicht führen kann", sagte Kahrs dem "Handelsblatt".

Dem früheren Kanzler Gerhard Schröder (SPD) wäre das nicht passiert, der habe immer geführt. Kahrs forderte die Kanzlerin auf, den Diesel-Skandal und die Zukunft der Automobilindustrie zur Chefsache zu machen. "Wenn Millionen von Dieselhaltern von Abgasmanipulationen betroffen sind und eine der größten Industrien im Land gefährdet ist, muss die Kanzlerin natürlich beim Diesel-Gipfel dabei sein. Alles andere wäre verantwortungslos", sagte der Bundestagsabgeordnete. Denn ihr "enger Kontakt" zum Präsidenten des Verbands der Automobilindustrie (VDA), Matthias Wissmann, "mit dem sie sich sogar duzt, hat dafür gesorgt, dass die Autoindustrie nicht so reguliert und kontrolliert wird, wie es sein soll". Merkel müsse jetzt klare Ansagen machen. "Ihr enges Verhältnis zu Herrn Wissmann darf nicht dazu führen, dass die Autobesitzer Nachteile erleiden." Kahrs betonte, es dürfe bei dem Gipfel "keine Formelkompromisse" geben. "Ein Softwareupdate für alte Diesel reicht nicht, es muss eine Hardware-Lösung geben", sagte er. Ziel müsse sein, das Vertrauen der Bürger in den Wiederverkaufswert ihrer Fahrzeuge zu erhalten. "Sie dürfen keinen Wertverlust erleiden, das müssen die Hersteller zu 100 Prozent ohne Steuergeld regeln", so Kahrs. "Alles andere würde den Autostandort nachhaltig beschädigen und Arbeitsplätze gefährden", fügte er hinzu. Es gehe darum, das Vertrauen der Verbraucher in die Autoindustrie insgesamt zu stabilisieren, damit sie auch künftig deutsche Autos kaufen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-92683/spd-wirft-merkel-in-diesel-krise-fuehrungsversagen-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com